

## Handout:

### Pressebriefing IPCC-Synthesebericht AR 6 am 16.3.2023

Am Montag, 20. März 2023 präsentiert der Weltklimarat IPCC den Synthesebericht des jetzt zu Ende gehenden sechsten Berichtszyklus. Die [Berichte](#) haben klar gemacht, dass die Erderhitzung nicht auf 1,5°C oder auch nur 2°C begrenzt werden kann, wenn die Staaten ihre Anstrengungen, die Emissionen zu reduzieren, nicht deutlich verstärken. Dazu ist ein sehr schneller Ausstieg aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas notwendig.

Viele nationale Verpflichtungen und Ziele (siehe auch [NDC-Liste](#) des UNFCCC) setzen aber in starkem Maße auf Netto-Null-Strategien und dabei auch auf Technologien, die der Atmosphäre nach einem Überschreiten der 1,5 Grad-Grenze wieder CO<sub>2</sub> entziehen und die Rückkehr auf ein niedrigeres Temperaturniveau ermöglichen sollen.

Das am 16.3.2023 abgehaltene Pressebriefing hat über die Rolle des Syntheseberichts für die Bekämpfung der Klimakrise informiert und die wichtigsten Erkenntnisse der Arbeitsgruppenberichte rekapituliert. Außerdem wurden dringliche Handlungsfelder für Deutschland und die Weltgemeinschaft dargelegt, die sich aus dem Sachstandsbericht ergeben.

Die folgenden Ausführungen fassen die Positionen der Organisationen zusammen.

### Heinrich-Böll-Stiftung

Der IPCC warnt deutlich vor einem auch nur vorübergehenden Überschreiten des 1,5-Grad-Limits – dem sogenannter „Overshoot“. Dieser kann ein „Point of no Return“ sein, nach dem die Welt eine andere sein wird. Irreversible Schäden und Auswirkungen drohen. Je größer das Überschreiten der 1,5°C-Grenze ist und je länger die Periode andauert, desto wahrscheinlicher werden Kippunkte im Erdsystem erreicht, durch die wiederum sich die Klimakrise noch weiter beschleunigt. Es ist unsicher, ob sich der Thermostat der Erde zurückdrehen lässt und eine Rückkehr zu 1,5 Grad nach einem Overshoot überhaupt möglich wäre.

**Es ist immens wichtig, dass ein Overshoot nicht oder nur in sehr geringem Umfang stattfindet.** Dazu ist ein sofortiger und schneller Ausstieg aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas im globalen Energiesystem und der sehr schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien unabdingbar.

Es ist eine gefährliche Wette, darauf zu setzen, dass sogenannte Carbon Dioxide Removal-Technologien in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Emissionen im nötigen Umfang wieder einfangen und so die Erdtemperatur wieder gesenkt werden kann: Die

Technologien sind nach Aussage der IPCC-Berichte im benötigten Umfang noch nicht erprobt oder haben ihre Nutzbarkeit noch nicht erwiesen. Ihre Nutzung kann mit signifikanten Risiken und Gefahren verbunden sein, wäre sehr teuer und würde einen teilweise sehr hohen Einsatz von Energie und andere Ressourcen erfordern, wenn sie einen spürbaren Effekt haben soll.

Für Bioenergie mit Carbon Capture and Storage (BECCS) werden riesige Flächen für Energiepflanzen benötigt - mit Auswirkungen auf regionale Wasserhaushalte, existierende Wälder, Biodiversität und die Nahrungsproduktion. Das Direct Air Carbon Capture and Storage (DACCS) braucht ebenfalls große Flächen und hätte einen immensen zusätzlichen Energiebedarf: für die Entfernung von 10 Gigatonnen CO<sub>2</sub> (also ca. 20% des gegenwärtigen jährlichen weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes) würden 100 Exajoules Energie benötigt, was der Energiemenge der derzeit jährlich weltweit produzierten Elektrizität entspräche. Durch den Land- und den Ressourcenverbrauch dieser Technologien ergeben sich auch direkt und indirekt Bedrohungen von Menschenrechten, Landrechten, Recht auf Nahrung u.a.

Der IPCC-Bericht geht davon aus, dass der Atmosphäre durch BECCS und DACCS vor 2050 keine bedeutenden Mengen an CO<sub>2</sub> entzogen werden. Für DACCS rechnet er mit ca. 0,02 Gt CO<sub>2</sub> pro Jahr. CDR kann somit kein Ersatz für tiefgehende Emissionsreduktionen sein.

Sowohl BECCS als auch DACCS hängen zu einem wesentlichen Teil von der Entwicklung und Indienststellung der Carbon Capture and Storage Technologie ab, die laut IPCC derzeit eine der teuersten und ineffektivsten Arten ist, Emissionen zu reduzieren. Erneuerbare Energien hingegen sind effektiv und kostengünstig.

Die Szenarien und Modelle, die für die IPCC-Berichte genutzt werden, stützen sich fast ausnahmslos auf ökonomische Annahmen, die auf Kosten-Effektivität schauen. Dabei wird fortdauerndes, konsumgetriebenes Wirtschaftswachstum besonders im Globalen Norden modelliert, das die Weiternutzung von fossilen Energien einkalkuliert. Die Modelle enthalten keine Annahmen zu globalen Ungerechtigkeiten und setzen auf eine fortgesetzte schwache Entwicklung im Globalen Süden. Auch die Kosten der Klimaauswirkungen, die durch einen Overshoot entstehen würden, werden ebenfalls nicht einbezogen. So erscheinen der Overshoot und die Notwendigkeit des Einsatzes von Carbon Dioxide Removal Technologien unausweichlich. Der IPCC ist jedoch auf diese Modelle angewiesen, weil sie derzeit die einzigen sind, die seinen wissenschaftlichen Kriterien entsprechen.

Diese Schlussfolgerungen der Modelle vermitteln allerdings gegenüber Politik und Gesellschaft den Eindruck, dass eine spätere Umkehr möglich wäre und sorgen so dafür, dass die notwendige Abkehr vom fossilen Zeitalter weiter in die Zukunft verschoben wird. Auf „Overshoot“, Carbon Dioxide Removal bzw. sogenannte „negative Emissionen“, Offsets und andere Scheinlösungen zu setzen, wird die Welt mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf einen Pfad bringen, der in die Klimakatastrophe mündet. Eine klimagerechte Zukunft wird so unmöglich. Eine Klimazukunft ohne gefährlichen Overshoot und ohne die Abhängigkeit von riskanten und unbewiesenen CDR-Technologien kann es aber nur mit einem schnellen und tiefgreifenden Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen geben.

## **Kontakt:**

Björn Ecklundt, Referent für Internationale Klimapolitik

E: [ecklundt@boell.de](mailto:ecklundt@boell.de) T: +49-(0)30-285 34 315

## Misereor

Der IPCC macht deutlich: Verzögerter Klimaschutz, Fehlende Programme für effektive Anpassungsmaßnahmen und die unzureichende Einbindung der lokalen Bevölkerung treiben bestehende Krisen in den Bereichen Ernährung, Hunger, Konflikte und Armut weltweit voran. Betroffen sind besonders die Menschen, die schon jetzt in Armut leben und am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Zwischen 1970 und 2019 traten über 91 % der Todesfälle durch wetterbedingte Naturkatastrophen in Entwicklungsländern auf. Der Bericht betont aber auch, dass erhebliche Fortschritte in vielen Entwicklungsländern identifiziert wurden. Indigene und andere lokale Gemeinschaften konnten sich z.T. sehr erfolgreich an die veränderten Umweltbedingungen anpassen. Auch für erfolgreiche staatliche Programme gilt: Wichtiger Erfolgsfaktor ist, wenn die entsprechenden Programme auf den Erfahrungen der lokalen Bevölkerung aufbauen und die Zielgruppen in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies bestärkt Misereor und andere in der eigenen Praxis sowie dem politischen Ziel einer menschenrechtsbasierten Klimapolitik.

Doch die Grenzen der Anpassung sind vielerorts schon heute erreicht. In vielen Regionen der Welt leben Menschen längst im Zeitalter der unvermeidbaren Schäden und Verluste (Loss & Damage) im Zuge der Klimakrise. Das beste Wasserressourcenmanagement nützt nichts, wenn der Regen über Jahre ausbleibt, wie es Menschen aktuell etwa in Madagaskar oder Kenia erleiden, wenn Trinkwasser versauert, oder Land unter dem steigenden Meeresspiegel verschwindet. Die ökonomischen Folgekosten durch diese kurzfristigen Schäden und langfristigen Verluste könnten in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 auf rund 1,5 Billionen US-Dollar ansteigen. Hinzu kommen die nicht berechenbaren Traumata und kulturellen wie persönlichen Verluste.

**Jedes Zehntel Grad zählt.** Die Folgen bei derzeit 1,1 Grad Erderwärmung sind bereits erschreckend. Das 1,5 Grad Limit ist deshalb kein Kampagnensprech der Umweltbewegung. Es ist ein politisch gesetztes Überlebensziel, das wissenschaftlich untermauert worden ist. Zwischen 1,5 und 3 Grad liegt allein in den Philippinen die Frage, ob 5 bis 10 oder gar 22 Millionen Menschen umgesiedelt werden müssten.

Jedes Zehntel Grad vermiedene Temperaturerhöhung verbessert indes den Handlungsspielraum der Menschen, insbesondere der verwundbarsten Bevölkerungsgruppen, sich auf die heutigen und kommenden Herausforderungen vorzubereiten und sich anzupassen.

**Wer muss handeln?** Die Industrienationen haben 50 Prozent der Treibhausgase verursacht, die für die jetzige Entwicklung verantwortlich sind. Darüber entstand Wohlstand, technischer Fortschritt sowie Resilienz gegenüber heutigen Folgen der Klimakrise. Inzwischen sind so viele Treibhausgase in der Atmosphäre, dass anderen Ländern dieser fossile Entwicklungspfad nicht mehr offen steht. Daraus ergeben sich drei zentrale Eckpfeiler der Klimagerechtigkeit, wie sie auch im Pariser Abkommen festgehalten sind:

1. Industrienationen müssen Vorreiter sein.
2. Industrienationen müssen Klimaschutz in anderen Ländern unterstützen
3. Industrienationen müssen Mittel für Anpassung an die Klimakrise sowie zur Bewältigung von nicht mehr vermeidbaren Schäden und Verluste bereitstellen.

Reiche Industriestaaten haben es bisher nicht geschafft, die versprochenen 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimaschutz und Anpassung zur Verfügung zu stellen. Für die Anpassung liegt die Finanzierungslücke beim 5-10 fachen des Bedarfes. Zum Vergleich: In

den Jahren 2019-2020 wurden weltweit 650 Milliarden US-Dollar in die Öl- und 100 Milliarden in die Kohleförderung investiert.

**Ist Deutschland auf einem Klimagerechtigkeitspfad?** Deutschland fällt international v.a. als wirksamer und engagierter Klimadiplomate auf. Derzeit riskiert die Regierung, Vertrauen zu verspielen. Pressebilder von Kohle- Erdgas und Wasserstoffdeals mögen die deutsche Bevölkerung beruhigen. Das ist nicht nur für die deutsche Klimabilanz verheerend. Wir schaffen fossile Infrastrukturen, die auf Jahrzehnte emissionsreiche Pfade in Ländern festschreiben, die gesegnet sind mit Sonne und Wind. Wir brechen damit auch mit der Zusage aus der auf der COP27 geschlossenen [Erklärung von Glasgow](#), bis Ende 2022 keine weitere internationale Finanzierung für die Expansion fossiler Rohstoffe zu leisten. Die hohe Sichtbarkeit der neuen Rohstoffdeals erschwert auch unseren Partnerorganisationen im Globalen Süden, v.a. in afrikanischen Ländern, Zustimmung und Unterstützung für dezentrale, verlässliche und saubere Energieversorgung aus Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Kreisen zu erhalten. Beispiele sind die Gaslieferverträge mit Senegal und Ägypten (über die EU), sowie die Zunahme der Kohleimporte aus Kolumbien und Südafrika nach Deutschland.

Den heute nötigen Klimaschutz können wir nicht nachholen. Das Zeitfenster zu handeln ist knapp. Wir können es uns nicht leisten, angesichts anderer Herausforderungen den Pausenknopf beim Klimaschutz zu drücken und etwa dem Ruf nach Belastungsmoratorien für Unternehmen nachzukommen.

**Kontakt:**

Anika Schroeder, Referentin für Klimapolitik bei der Entwicklungsorganisation Misereor.

E: [anika.schroeder@misereor.de](mailto:anika.schroeder@misereor.de) T: +49 17 2945 683

## **BUND e.V.**

Deutschland befindet sich mit seiner momentanen Klima- und Energiepolitik nicht auf einem 1,5 Grad Pfad. Das deutsche Klima-Governance Instrument ist das Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimamaßnahmen setzt. Das strebt jedoch eine viel zu späte Dekarbonisierung in 2045 an. Und bisher fehlen die Maßnahmen um seine Ziele zu erreichen. Es ist daher fraglich, ob Deutschland das Pariser Klima-Abkommen von 2015 nicht einhalten wird. Damit nimmt Deutschland keine Vorreiterrolle im Klimaschutz ein und kommt seiner historischen Verantwortung gewiss nicht nach.

Um zumindest die bisher gesetzten deutschen Klimaziele einhalten zu können, muss sich der absolute Energieverbrauch senken, Emissionen müssen jährlich etwa um 6% reduziert werden, und es muss auf Erneuerbare Energien und Effizienz gesetzt werden – nicht auf fossile Brennstoffe und Atom. Sonst droht uns weltweit eine Klimakrise mit noch verheerenderen Folgen für Mensch, Natur und Biodiversität als wir sie bisher besonders im Globalen Süden wahrnehmen.

**Das Nichthandeln wird zunehmend teurer.** Aus [einer aktuellen Studie der Bundesregierung](#) geht hervor, dass Klimafolgen bis zu 900 Milliarden Euro kosten können bis 2050, alleine für Deutschland. In der Studie heißt es: „Zu den finanziell messbaren Schäden kommen zahlreiche gesundheitliche Beeinträchtigungen, Todesfälle durch Hitze und Überflutungen, die Belastung von Ökosystemen, der Verlust von Artenvielfalt sowie die Minderung von Lebensqualität.“

### **Warum befindet sich Deutschland NICHT auf einem 1,5 Grad Pfad?**

Die [Emissionsdaten des Umweltbundesamtes \(UBA\) für das Jahr 2022](#) zeigen einmal mehr, dass wir beim Klimaschutz viel zu langsam vorankommen. Die Treibhausgasemissionen sind zwar leicht um 1,9 Prozent gesunken, jedoch können wir uns darauf nicht ausruhen. Zudem gibt es einen Anstieg von Treibhausgasen im Energiesektor im Vergleich zum Vorjahr 2021. Betrachten wir einmal bestimmte Sektoren:

**Verkehr:** Der einzige Sektor, der seine Klimaziele verfehlt und dessen Emissionen noch immer ansteigen. Es fehlt weiter ein nach dem Klimaschutzgesetz vorgeschriebenes Sofortprogramm. Deutschland blockiert gerade die Verhandlungen zum Verbrenner-Aus 2035 im Rahmen des EU „Fit for 55-Plans“. Statt Klimaschutz will die FDP neue Autobahnen und Bundesstraßen bauen, obwohl belegt ist, dass der Bau deutlich mehr CO<sub>2</sub> verursacht, als bisher angenommen.

**Gebäude:** Ziele wurden erneut nicht eingehalten, obwohl der Gasverbrauch durch Spar-Apelle um 8 Prozent gesunken ist. Die einzige weitreichende Maßnahme bisher: 65 Prozent Erneuerbare Energien-Vorgabe für neue Heizungen. Scheinlösungen muss in der Ausgestaltung jedoch ein Riegel vorgeschoben und Wasserstoff nicht als Lösung überbewertet werden, weil diese Energiequelle nicht in dem Maße für Gebäude zur Verfügung stehen wird. Das EU Parlament hat sich aktuell für energetische Mindeststandards für den Gebäudebestand und schrittweise Sanierungspflichten entschieden. Das EU-Gesetz sollte auch durch Deutschland im Rat unterstützt und anschließend schnell und sozialverträglich umgesetzt werden.

**Industrie - CCS:** Die Bundesregierung setzt für die Dekarbonisierung des Industriesektors jetzt auf Carbon Capture and Storage (CCS) statt auf wirkliche Emissionsreduktionen. CCS ist

jedoch eine teure Scheinlösung mit vielen sozialen und umwelttechnischen Risiken. Der IPCC-Bericht verdeutlicht, dass CCS teuer ist, zusätzliche fossile Emissionen verursacht und Anstrengungen zur Emissionsminderung hindert. CCS ist in Deutschland nach massiven Protesten vor zehn Jahren verboten worden. Auf Druck der Industrie plant die Bundesregierung jetzt auf eine große CCS-Infrastruktur. Sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene werden gerade industrie-strategische Weichen dafür gelegt. So wurde der [EU Net Zero Industry Act](#) gerade vorgestellt, der auch CCS und Atom als grüne Lösungen enthält. Die Gewinner in dieser Debatte sind die Schwerindustrie und die Gaskonzerne, die massive Subventionen einstreichen werden. Statt auf Menschenrechte und Ernährungssicherheit zu setzen, wird der Industrie ein Weitermachen wie bisher erlaubt. Der momentane EU-Vorschlag zur Zertifizierung von CO2 Entnahmen ist ein weiteres Beispiel dafür. Deutschland braucht jedoch eine Industriepolitik, die Grenzen setzt und ihren Energie- und Flächenverbrauch reduziert statt weiterhin auf fossile Strukturen zu bauen.

**Atom:** Atomkraft ist weiterhin eine Nebelkerze zur Ablenkung von eigenen Verfehlungen in der Energiewende. Es ist für die Netzstabilität und Versorgungssicherheit nicht notwendig. Zudem sind die Kosten und Risiken weiterhin zu hoch. Das schnelle Ende der Atomkraft muss umgesetzt werden.

**Gas:** Gas ist ein fossiler Brennstoff und darf nicht als Brückentechnologie weiter ausgebaut werden. Das führt zu einem weiteren Lock-in. Pläne für neue LNG Terminals für den Import von flüssigem Erdgas bereiten Sorgen, weil sie zeigen, dass die Bundesregierung weiter fossile Brennstoffe importieren will anstatt auf Erneuerbare zu setzen.

Deutschland braucht jetzt eine sozial-ökologische Transformation, die klimagerecht ist und sich den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Menschen und Ökosysteme anpasst. Wir brauchen eine Politik, die die Klimakrise wie eine Krise behandelt und die größer werdenden Ungleichheiten beendet. Dabei kann der Status Quo eines unendlichen Wachstums nicht die Zukunft sein. Das Ende der Fossilen muss schnellstens her, der absolute Energieverbrauch gesenkt werden, während auf Erneuerbare Energien und auf Energieeffizienz gesetzt wird.

**Kontakt:**

Susann Scherbarth, Referentin für internationale Klimapolitik, BUND e.V.  
E: [Susann.scherbarth@bund.net](mailto:Susann.scherbarth@bund.net) T: 0032-486341837

## ZITATE

### **Anika Schroeder, Klimareferentin, Misereor:**

„Der IPCC-Bericht macht überaus deutlich, dass die Klimakrise arm macht. Sie schmälert die Chancen, dieser Armut zu entfliehen, weil sie weitere Entwicklungschancen reduziert. Sie macht hungrig. Sie macht krank. Und sie ist in vielen Fällen leider auch tödlich. Wir sehen das gerade wieder bei dem schrecklichen Zyklon „Freddy“, der Madagaskar, Malawi und Mosambik getroffen hat.“

„Der IPCC wirft neben all den Schreckensszenarien auch einen positiven Blick. Anpassung ist nämlich vielerorts noch möglich, insbesondere dort wo indigene Völker und lokale Gemeinschaften selbst ihre Zukunft in die Hand nehmen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen genutzt werden. Wenn staatliche Programme darauf aufbauen, kann Anpassung auch im großen Maßstab noch gut gelingen.“

„Die Betonung der 1.5°C-Grenze ist keine Erfindung der Umweltbewegung. Wissenschaftler haben bereits im Sonderbericht zu 1.5 Grad deutlich gemacht, dass es hierbei um ein Überlebenslimit geht. Jedes Zehntelgrad entscheidet über die Art und Weise, wie Millionen Menschen in Zukunft leben. Und das nicht nur in den nächsten Jahren, sondern über alle kommenden Generationen hinweg.“

### **Björn Ecklundt, Referent Internationale Klimapolitik, Heinrich-Böll-Stiftung:**

„Der IPCC warnt deutlich vor den Konsequenzen einer Überschreitung der 1,5°C-Grenze. Er geht auch davon aus, dass die gegenwärtig unzureichenden staatlichen Anstrengungen zur Emissionsreduktion die Einhaltung der 2°C-Grenze gefährden. Dieses Overshoot-Szenario hat unumkehrbare Folgen für unsere natürlichen Lebensräume und die Artenvielfalt. Wir können die Temperatur nicht wie mit einem Thermostat einfach wieder herunterdrehen. Eine Überschreitung der Grenzen kann nur durch einen sehr schnellen globalen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vermieden werden.“

„In den IPCC-Berichten wird deutlich, dass es eine gefährliche Wette ist, darauf zu setzen, dass mit Technologien zur Entfernung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts der Temperatur-Overshoot zurückgeholt werden kann. Diese Technologien sind im großen Maßstab unerprobt und ihre Nutzbarkeit ist nicht erwiesen. Sie beinhalten Risiken für die Nahrungsproduktion, Wasserhaushalte, Biodiversität und damit verbunden auch Gefahren für die Menschenrechte und Rechte Indigener Völker. Dazu kommen hohe Kosten und immense Energieaufwände sowie sich gegenseitig bedingende Erwartungen an die Weiterentwicklung der Technologien, von denen viele noch in den Kinderschuhen stecken.“

„Carbon Capture and Storage ist laut IPCC eine der teuersten und ineffektivsten Arten, Emissionen zu reduzieren, während erneuerbare Energien kostengünstig und sofort verfügbar sind. Diese Technologien können deshalb kein Ersatz für eine tiefgreifende Emissionsminderung sein.“

„Die Szenarien und Modelle, die der IPCC nutzt, verzerren das Bild möglicher Klimazukünfte dahingehend, dass sie viele Aspekte nicht berücksichtigen: Es gibt zum Beispiel wenige

Annahmen dazu, dass globale Ungerechtigkeiten abgebaut werden müssen; dazu gehen Modelle weiter von einer schwachen Entwicklung im Globalen Süden und einem fortgesetzten, konsumgetriebenen Wirtschaftswachstum vor allem im Globalen Norden aus. So scheinen Overshoot und Notwendigkeit des Einsatzes von CDR-Technologien unausweichlich.“

**Arne Fellermann, Leiter Klimaschutz, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND):**

„Das Klimaschutzgesetz bietet den nötigen Rahmen für die bundesdeutsche Gesetzgebung, würden wir es denn beherzt befolgen. Das tun wir aber aktuell nicht, wie das Umweltbundesamt bei den Emissionsdaten für 2022 zeigt. Insgesamt wurden die Ziele zwar eingehalten, doch das liegt auch an gestiegenen Energiepreisen aufgrund des Angriffskriegs auf die Ukraine, was vor allem die Industrie zu Einsparungen bewegt hat. Das heißt: Nein, wir können uns nicht auf der Einhaltung der Ziele für 2022 ausruhen, sondern haben massive Nachholbedarfe.“

„Es gibt Sektoren in Deutschland, bei denen Klimaschutz noch überhaupt nicht angekommen ist. Der Verkehrsbereich ist der einzige Sektor, in dem nicht nur Klimaziele nicht eingehalten werden, sondern auch die Emissionen weiterhin wachsen. Die Diskussion um das fehlende Klimaschutzsofortprogramm, aber auch die Blockade Deutschlands beim Verbrenner-Aus 2035, einem zentralen Element des EU-Klimaschutzpakets „Fit for 55“, sind auch europaweit desolante Zeichen.“

„Wir halten uns mit zu vielen Debatten über Scheinlösungen auf. Die aktuelle Diskussion über Atomkraft ist ein Dinosaurier von gestern und lenkt von den tatsächlichen Lösungen für einen nachhaltigen Wandel des Stromsystems ab.“

„Klimaschutz ist ökonomisch wertvoll. Die Folgekosten einer Überschreitung der 1,5°C-Grenze liegen bei etwa 900 Milliarden Euro allein für Deutschland. Deutschland hat international eine Vorbildfunktion und eine große historische Verantwortung, bei der Emissionsminderung voranzugehen.“

**Carola Best, Wissenskoordinatorin, deutsche IPCC-Koordinierungsstelle:**

„Der IPCC-Synthesebericht des Weltklimarats greift auf die Arbeitsgruppen- und Sonderberichte der vergangenen fünf Jahre zurück. Der Berichtsentwurf und der Entwurf der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung wurde von Regierungen begutachtet. Auf der Verabschiedungssitzung in Interlaken können Änderungen eingearbeitet werden, wobei die Wissenschaft immer das letzte Wort behält: Nur Aussagen, die in den zugrundeliegenden Berichten enthalten und wissenschaftlich korrekt sind, werden auch final verabschiedet.“

„Der Synthesebericht beschließt den aktuellen Berichtszyklus. Er hat Bestand bis zum nächsten Sachstandsbericht, der in etwa fünf bis sieben Jahren erscheint. Noch im Laufe dieses Jahres wird ein neuer IPCC-Vorstand gewählt. Danach stimmt der IPCC über Themen der kommenden Berichtsreihe ab.“

„Der Weltklimarat stellt mit seinen Berichten keine Forderungen an die Politik, zeigt aber den Kenntnisstand der Wissenschaft auf, der relevant für die Gesetzgebung von Regierungen ist. Die Entscheidung darüber, was geschehen muss, treffen wir als Gesellschaft.“



## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Die ins Deutsche übersetzten Hauptaussagen der Summary for Policy-Makers (entspricht jeweils dem ersten Absatz pro Abschnitt) können Sie ab Montag, 20. März, 14 Uhr auf der Webseite der deutschen IPCC-Koordinierungsstelle abrufen: <https://www.de-ipcc.de/379.php>

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die folgende Analyse zu den Lehren aus dem 6. Sachstandsbericht veröffentlicht: *Lost in Translation: Lessons from the IPCC's Sixth Assessment on the Urgent Transition from Fossil Fuels and the Risk of Misplaced Reliance on False Solutions* (nur auf Englisch verfügbar):  
<https://www.boell.de/de/2023/03/06/lost-translation-lehren-aus-dem-6-ipcc-sachstandsbericht>

Der BUND verklagt die Bundesregierung auf wirksamen Klimaschutz im Verkehrs- und Gebäudebereich:  
<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/hintergrundpapier-klimaklage-zahlen-und-begriffsklaerung/>